

Werbung



22.12.2025 • 44

Zu hohe Bezüge

Über 100 Millionen Euro Defizit: EU-Steuerzahler müssen Zusatzpension für EU-Parlamentarier bezahlen

Fast 20 Jahre existierte für EU-Abgeordnete ein Pensionsfonds, in den sie in Teilen selbst einzahlen mussten. Doch die Bezüge waren viel zu hoch – mittlerweile besteht ein Defizit von 100 Millionen Euro. Der Steuerzahler wird wohl dafür aufkommen müssen.

Von Redaktion



Wegen der EU gibt es neue Kosten für die Steuerzahler (Symbolbild) (IMAGO/NurPhoto)

Die EU-Bürger müssen bald noch einmal deutlich mehr für die Pensionen der EU-Abgeordneten zahlen als bislang. Der Grund dafür ist, dass der ehemalige Pensionsfonds für EU-Abgeordnete kurz vor der Pleite steht: Ohne neue Einzahlungen steht er bei rund 23 Millionen Euro. Allein jedes Jahr gibt es jedoch Kosten von rund zehn Millionen Euro – langfristig betragen die

Gesamtverpflichtungen, wie *Bild* unter Berufung auf interne Berechnungen berichtet, insgesamt rund 126 Millionen Euro.

Für die Steuerzahler in der EU bedeutet das, dass auf sie künftig neue Kosten zukommen – sie müssen das Defizit ausgleichen. Dabei zahlen sie bereits jetzt für die Pension der EU-Abgeordneten: Nur von 1990 bis 2009 gab es nämlich das System des Pensionsfonds – die Einzahlungen wurden dabei zu einem Drittel durch die EU-Abgeordneten selbst getragen.

Werbung

Seitdem übernimmt die EU die Pensionen der Abgeordneten vollständig – Anspruch hat darauf jeder ausgeschiedene Abgeordnete ab 63 Jahren; für das alte Pensionsfondssystem hatte man lange einen Anspruch ab 65 Jahren.

Dadurch, dass seit Jahren niemand in den Pensionsfonds mehr einzahlt, aber immer noch rund 700 ehemalige Abgeordnete Anspruch darauf haben, geht rasant das Geld aus. Dabei hat die EU bereits im Jahr 2023 die Bezüge aus dem Pensionsfonds durch eine Erhöhung des Eintrittsalters und ein Ende des Inflationsausgleichs praktisch halbiert – bereits früh war klar geworden, dass die Ausschüttungen zu hoch waren: Die EU lief im Fonds auf ein Defizit von rund 310 Millionen Euro hin.

Werbung



Die Sicherungsstrategie Ihr Vermögensschutz in Liechtenstein.



**FRIEDRICH
STRATEGIE**

Über 400 ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments, etwa der heutige britische Spitzenpolitiker Nigel Farage oder die französische Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen, scheiterten vergangene Woche vor dem zweithöchsten europäischen Gericht mit einer Klage gegen die Kürzungen.

bc

Teilen:

[Zu den Kommentaren \(44\) ↓](#)

Einmalig

Monatlich